

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,50 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,75 Mark, bei Postübermittlung 3,00 Mark. Einjahrespreis 27,00 Mark. Einjahrespreis für die Provinzial- und Auslandskunden 36,00 Mark. Die Geschäftsstellen befinden sich in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Bismarckstr. 1. Die Geschäftsstellen in den Provinzen sind in den Verzeichnissen der Reichs- und Provinzialbehörden angegeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Rückendung eingehender Geschäftsbriefe erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Angelpenspreis: Die 2-spaltige Raumzeile 30 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig. Die 3-spaltige Raumzeile im restlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachmittagsgebühr 20 Goldpfennig. Vorwärtszahlung. Geschäftsstellen und Abgabestellen sind in den Verzeichnissen angegeben. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstellen sind in den Verzeichnissen angegeben. Anzeigen werden nach alle Veranschaulichungen entgegen.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Charandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 18 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag 22. Januar 1924

## Landwirtschaftliche Organisationen und Finanzministerium.

### Fragen der Interpretation alter Steuergesetze.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 Berlin, 21. Jan. Am Reichsfinanzministerium fanden heute Verhandlungen mit den großen landwirtschaftlichen Organisationen statt. Es handelt sich jedoch hierbei nicht um die Steuerentwerfungen, sondern um die Frage der Interpretation alter Steuergesetze, insbesondere um die Festsetzung des Wehrbeitragswertes.

### Handgranaten zur Reichsgründungsfeier

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 Jhdorf in Ostpreußen, 21. Jan. Auch hier wurde der Reichsgründungsfeier geseiert. Auf den Festzug, der sich durch die Straßen bewegte, wurden von Kommunisten Handgranaten geworfen. 24 Personen wurden verletzt, zwei Reichswehrsoldaten und zwei Frauen ziemlich erheblich. Die Täter wurden noch nicht ermittelt.

### Ein Volksbegehren für Bayern.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 München, 21. Jan. Die Bayerische Volkspartei hat am Sonnabend zwei Anträge auf Einleitung eines Volksbegehrens zwecks sofortiger Auflösung des Landtags und zwecks Umgestaltung des neuen Landtags, ein Gesetz zwecks Umgestaltung der bayerischen Verfassung zu beschließen, eingebracht.

### Die dritte Steuernot-Verordnung.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 Berlin, 21. Jan. Der Entwurf der 3. Steuernotverordnung ist dem Reichskabinett zugegangen, das sich voraussichtlich am Dienstag mit ihm beschäftigen wird.

### Dr. Schacht fordert internationale Zuschüsse für eine Emissionsbank.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 Paris, 21. Jan. Das „Journal“ beschäftigt sich mit den Emissionen der Sachverständigenkommission. Demnach glaubt das Blatt zu wissen, daß Dr. Schacht in der heutigen Sitzung der Sachverständigen zur Gründung einer selbständigen Emissionsbank internationale Zuschüsse in Höhe von 1 bis 2 Millionen Goldmark erbeten werde. Das Blatt verhält sich dem Plan Dr. Schachts gegenüber sehr skeptisch.

### Millerand contra Poincaré

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 Paris, 21. Jan. Der Kampf zwischen Millerand und Poincaré wird in den beiden diesen ergebnen Blättern, nämlich

### Sozialpolitik.

Zum ersten Male ist es an neutraler Stelle zur Aussprache zwischen „Kapital und Arbeit“ gekommen, hat man versucht, den Problemen der gegenwärtigen Arbeitsumgestaltung und Neugestaltung von einer etwas höheren Warte aus präzisierend ins Angeficht zu schauen. Im Reichswirtschaftsrat ist es nämlich zu einer ausgiebigen Debatte über das Schicksal unserer Sozialpolitik gekommen.

Veranlassung zu einer solchen Aussprache war gemaßgeben: denn eine ganze Reihe von wirklichen oder angeblich sozialen Errungenschaften ist abgebaut worden, um andere wird noch beständig gestritten. Bekanntlich hat auch die Regierung selbst nicht geizig, nach dieser Richtung hin ihrerseits den Verhältnisrechner Rechnung zu tragen, und es wird auch von Arbeitnehmerseite ohne weiteres zugegeben, daß man manche „Errungenschaft“ manches Liebgewonnene unter dem Druck dieser wirtschaftlichen Not der Gegenwart aufgeben mußte, noch manches wird aufgeben müssen.

Denn die Einsicht, daß die Kosten der Sozialpolitik durch Erträge der Wirtschaft hereingebracht werden müssen, ist tief eingedrungen, die Einsicht, daß das Schicksal der Sozialpolitik letzten Endes vom Nuzessell der Produktion abhängt. Aber man kann diesen Satz auch umdrehen und sagen, daß der Nuzessell unserer Produktion von einer Sozialpolitik abhängt, die den Arbeiter nicht als Ware, sondern als Menschen betrachtet wissen will. Wie ist ein Redner im Reichswirtschaftsrat ausdrückte, über tragisch ist es, daß gerade bei sinkendem Nuzessell der Produktion nach einer Richtung hin die sozialpolitischen Faktoren ganz naturnotwendig steigen: das ist nämlich die

der „Victoire“ und dem „Figaro“, fortgesetzt. Die „Victoire“, die vom Elisee beeinflusst ist, veröffentlicht heute an leitender Stelle einen Artikel mit der Überschrift: „Die Agonie des Kabinetts Poincaré“. Die Agonie dauere dem Blatte zufolge seit vorgestern an und sie sei auf die Unentschiedenheit Poincarés, die Finanzfragen rasch zu lösen, zurückzuführen. Sachlich hat die „Victoire“ dabei nicht ganz unrecht, wenn auch ihr Artikel gegen Poincaré aus persönlichen Gründen geschrieben wurde; denn da die neuen Steuergesetze erst einer Kommission überwiesen wurden, ihre Beratung vielleicht die nächste Woche in der Kammer andauern wird, ist man an den auswärtigen Börsen gestern wieder unruhig geworden und der Frankensiel neuerlich. Die „Victoire“ hat recht, daß rasche Maßnahmen vielleicht den neuerlichen Fall des Frankens aufhalten könnten. Der Artikel ist ausserordentlich bestig gehalten, und wenn das Millerand ergebene Blatt von der „Agonie des Kabinetts Poincaré“ spricht, so scheinen sich hinter den Kulissen gewisse Dinge vorzubereiten, von denen man tatsächlich heute zwei Tagen in französischen politischen Kreisen vielerlei munkelt, u. a., daß das Kabinett im Senat zu Fall gebracht würde. Andererseits liegt im „Figaro“ heute neuerlich ein Artikel des Senators Coty vor, worin Millerand auf das schärfste angegriffen wird.

### Schwäger Lloyd Georges.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 London, 21. Jan. Lloyd Georges, der uns mit seinem Getue lange genug irreführt hat, nimmt wieder Frankreich auf die Hörner. Er wird dadurch — obwohl wir es nicht ungern sehen — bei uns keinen Eindruck machen. Die „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen Artikel von ihm, welcher die schärfste Beurteilung der französischen Politik darstellt, die je aus seiner Feder kam. Er beschuldigt Poincaré als keinen Geschichtshüter, der in Europa herumtrübe, um Aufträge für französische Minister zu besorgen. Die englischen Arbeiterführer geben die Folgerichtigkeit der letzten deutschen Note über die Militärkontrolle zu. (Wüschen es sich unsere Politiker gründlich abgemöhnt haben, Lloyd Georges ernst zu nehmen. Auch für die Fälle, in denen er uns angenehm zu wirken scheint!)

### Großer Eisenbahnerstreik in London.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
 London, 21. Jan. Heute nacht 12 Uhr hat der bereits angekündigte Eisenbahnerstreik begonnen. Das Resultat der Bewegung ist noch nicht zu überblicken. Die Erregung im Publikum ist groß. Von 77 000 Heizern und Lokomotivführern haben ungefähr 58 000 die Arbeit niedergelegt. 20 30 000 Eisenbahnarbeiter, die dem nationalen Eisenbahnerverband angehören, müssen nach Möglichkeit versuchen, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen zur Fortführung des Verkehrs getroffen. Die Schiffsahrtsgesellschaften teilen mit, daß sie die Reisenden von und nach den Seebäfen mit Automobilen befördern würden.

zurückgezur für die Erwerbslosen, also eine Aufgabe des Staates, der aber bei schwindender Wirtschaftsprorität seinerseits auch in finanzielle Bedrängnisse kommt. Vor allem natürlich Deutschland. Es ist uns ganz besonders schwierig gemacht, hier ausgleichende Gerechtigkeit oder gerechte Ausgleichungen zwischen dem Notwendigen und dem Wünschenswerten zu üben, weil wir nicht frei verfügen können, sondern für andere arbeiten müssen ohne Rücksicht auf des Einzelnen Schicksal.

In dem engen Rahmen, den man uns gespannt hat, Sozialpolitik zu treiben, hat zur Voraussetzung, daß der Arbeitgeber im Arbeitnehmer — und umgekehrt — nicht den „Feind“ sieht. Sondern den im Produktionsprozeß mitwirkenden Menschen. Gewiß ist jetzt gegen die Aktion der Arbeitsgemeinschaft, die seit dem 9. November 1918 scharf vorging, überscharf an vielen Stellen, jetzt die „Reaktion“ unter dem Druck wirtschaftlicher Not erfolgt. Aber Geheimrat Bäcker, der bekannte Industrievertreter, wies auf die Gefahr für unsere Wirtschaft hin, wenn nun diese „Reaktion“ ihrerseits wieder zu Überspannungen führen würde wie jene Aktion. Besonders in der Arbeitszeitfrage. Und er, der in der deutschen Industrie eine sehr gewichtige Stimme hat, will sich einleiten dafür, daß nicht ein offener Kriegszustand, sondern eine Verständigung zwischen „Kapital und Arbeit“ geschlossen wird. Nicht zuletzt aus Gründen der wirtschaftlich notwendigen Sozialpolitik, weil allein durch eine solche arbeitsgemeinschaftliche Verständigung die für die Sozialpolitik notwendige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wirklich gesteigert werden kann. Andere Redner, auch Konsumentenvertreter, schloffen sich diesen Ausführungen an und es erscheint die Forderung des Reichswirtschaftsrates als überaus berechtigt, daß die Regierung entgegen ihrer bisherigen Praxis gerade dieses Organ unseres öffentlichen Lebens bei der Behandlung aller

dieser Fragen der Sozialpolitik stärker beranzieht. So vermeidet man das erbitternde Diktat, das sich dem Diktat vom grünen Tisch aus entgegensetzt und jede Verständigung unmöglich macht. Die Arbeitszeitverordnung ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man es — nicht machen soll. Die kurz nach dem Novembersturm eingerichtete Zentralarbeitsgemeinschaft hat darunter gelitten, daß die eine Seite ihre Forderungen überspannte. Noch besteht sie und würde erst zerstört werden, wenn nun die andere, die Arbeitgeberseite, das gleiche täte. Wir können aber hoffen, daß dies nicht geschieht, und dann wäre der Gedanke, der diesem Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugrunde liegt, auch für die Zukunft gerettet. Es bedarf dazu keines Idealismus, sondern man braucht auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nur das Sprichwort entsprechend anzuwenden: daß ein magerer Veralteich immer noch besser ist als ein fetter Prozeß.

### Die Rede Poincarés — ein neues Vertrauensvotum.

Paris, 20. Jan. Poincaré hat am Freitag in der Kammer mit einer längeren Rede dem Abg. Herriot und Renaud geantwortet und bei dieser Gelegenheit auch sein politisches Programm entwickelt. Poincaré widersprach der Behauptung Herriots, daß er gelegentlich der Ruhrbesetzung nicht alles zur Aufrechterhaltung der interalliierten Einheitsfront getan habe. Poincaré verlas in diesem Zusammenhang verschiedene Stellen des französischen Weidbuches und bemühte sich erneut, die Ruhrbesetzung zu rechtfertigen. Der französische Standpunkt betreffend die Ruhrbesetzung sei erst im Januar 1923 von der Mehrheit der Reparationskommission anerkannt worden. Wie könne unter diesen Umständen der französischen Regierung der Vorwurf der Uebertretung gemacht werden? Frankreich könnte der Aufrechterhaltung der interalliierten Einheitsfront, so bemerkte Poincaré, nicht seine nationalen Interessen opfern. Zudem sei die finanzielle Einheitsfront von England bereits sofort nach Beendigung des Krieges gestört worden. Der französischen Regierung habe man femer den Vorwurf gemacht, daß sie sich den deutschen Sachleistungen widersetzt habe. Man müsse aber bedenken, daß Deutschland sich dem Versierungsprogramm, welches ihm von Frankreich unterbreitet wurde, zu entziehen bestrebt. Wenn die Deutschen sich aber weiter zu Sachleistungen an die kleineren Mächte bereit erklärt hätten, so sei das wesentlich in der Hoffnung geschehen, mit einem geringen Opfer den Markt dieser Nationen zu erobern. Unter Anspielung auf eine andere Stelle der Rede Herriots erklärte Poincaré: Es bestehe kein Grund, die Ruhr gegen andere Mächte aus der Hand zu geben. Belgien und Frankreich seien darüber ein und derselben Meinung. Wenn man aber andere Mächte ergreifen werde, so könnten sie als Zusatzländer, nicht aber als Ersatz für die gegenwärtigen Mächte in Betracht kommen. Poincaré wandte sich dann gegen die Erklärung Renauds, der die Regierung beschuldigte, Stresemann vor Einstellung des passiven Widerstandes nicht entgegen gekommen zu sein. Jeden neuen Tag mache die deutsche Regierung neue Schwierigkeiten. Man dürfe sogar behaupten, daß der Widerstand heute noch nicht eingestellt sei. General Degoutte habe erst kürzlich mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Ausführung der industriellen Abkommen verhinbern möchte. Die französisch-belgische Regie, so fügte Poincaré hinzu, habe mehr als 60 000 deutsche Eisenbahner wieder eingestellt. Von den 900 Lokomotiven aber, die das Reich ihnen versprochen, nicht eine einzige geliefert. Berlin widersetze sich außerdem der Bildung einer östlichen Bank und verlaufe, im besetzten Gebiet das Uebergewicht zu erlangen. Der Ministerpräsident kam dann ausführlich auf die Rheinpolitik zu sprechen und behauptete, daß die Einwohner der Pfalz immer mehr durchaus aus spontaner Ueberzeugung heraus für die autonome Regierung Partei ergreifen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß der von England beauftragte englische Generalkonsul Cive von den diesbezüglichen Erklärungen der Pfälzer Autonomisten überrascht sein werde. Die französische Regierung beabsichtige jedenfalls, sich an die Bedingungen des Friedensvertrags zu halten und wird aus ihrer Zurückhaltung gegenüber den Separatisten nicht herausgehen.

Es ist auch nicht unsere Absicht, die besetzten Gebiete zu annektieren oder sie unter unsern Einfluß zu stellen (?). Die Sitzung wurde eine halbe Stunde unterbrochen. Die Kammer billigte in einer Abstimmung mit 445 gegen 120 Stimmen die Erklärungen über die auswärtige Politik.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung besuchte sich Poincaré ausführlich mit der französischen Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember. Er versichert, daß die französische Regierung die Vorschläge des Deutschen Reiches nicht ablehnt unter der Voraussetzung, daß sie durch den offiziellen deutschen Vertreter in Paris oder durch den Pariser Geschäftsträger in Berlin übermittelte werden. Tatsächlich habe der Bevollmächtigte der Reichsregierung aber keine Vorschläge, sondern Forderungen unterbreitet. Das Einvernehmen zwischen Frankreich und Belgien sei jetzt in allen Punkten wieder hergestellt. Beide Länder sind noch wie vor der Ansicht, den deutschen Vorschlägen Gehör zu schenken. Sie wollen aber, daß weder die Reparationskommission, noch die interalliierte Kontrollkommission, noch General Degoutte ihrer Befugnisse entleidet werden. Poincaré bestritt dann, daß seit dem Krieges oder seit der Ruhrbesetzung zwischen französischen und deutschen Industriellen Abkommen geschlossen worden seien. Die französischen In-